

DR. ROLF GEFFKEN

Rechtsanwalt & Autor

Dr. Rolf Geffken, Waldwiese 3, 21781 Cadenberge

Waldwiese 3
D-21781 Cadenberge
Telefon 0 47 77/ 14 84
Büro 0 40/ 7 90 61 25

Pressemitteilung

Cadenberge, den 12.1.2008

Berufsverbot für Landtagskandidaten ?

- Kündigung wegen Kandidatenvorstellung

Der Rotenburger Direktkandidat für die niedersächsische Landtagswahl Wilfried Ganguin wurde von seinem Arbeitgeber am 9. Januar 2008 fristlos entlassen. Ganguin, der für DIE LINKE als Direktkandidat im Wahlkreis Rotenburg (bei Bremen) aufgestellt wurde, hatte in der „Rotenburger Rundschau“ im Rahmen einer Vorstellungsserie für alle Direktkandidaten ein Gespräch mit der Redaktion geführt, die daraufhin einen Artikel dazu veröffentlichte. Der Arbeitgeber nahm in seiner fristlosen Kündigung direkt Bezug auf den Artikel und begründete sie damit, Ganguin habe über die Firma „Unwahrheiten“ verbreitet. Tatsächlich hatte der Kandidat lediglich ohne Nennung des Firmennamens inakzeptable Arbeitsbedingungen im Rahmen eines prekären Beschäftigungsverhältnisses beschrieben und damit auch sein politisches Engagement begründet. Sein Anwalt, der Cadenberger (und Hamburger) Fachanwalt für Arbeitsrecht Dr. Rolf Geffken hat nun Klage beim zuständigen Arbeitsgericht Verden eingereicht. Er erklärt: *„Die Kündigung verstösst nicht nur gegen das Kündigungsschutzgesetz, sie ist zugleich ein schwerer Verstoss gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. In der Kündigung liegt eine gezielte politische Diskriminierung, denn Ganguin hatte das Gespräch ausschliesslich in seiner Eigenschaft als Kandidat für die Landtagswahl geführt. Die Zeitung selbst wollte mit der Reihe die Kandidaten den Wählern persönlich vorstellen. Das war ein verfassungsrechtlich geschützter Vorgang“* Zu allem Überfluss hat der Landkreis Rotenburg erklärt, er wolle nun „prüfen“, ob Ganguin eine „Sperrzeit“ wegen des Bezugs von Leistungen erhalte. Geffken: *„Wenn das tatsächlich geschehen sollte, ist der Skandal vollends perfekt. Wir werden sehen, ob man in den Amtsstuben des Landkreises die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland kennt.“*

Durch die Entlassung wurde wegen des Bezugs auf die Kandidatenvorstellung gezielt das passive Wahlrecht verletzt. Ferner wurde wegen des Bezugs auf die kritisierten Arbeitsbedingungen in einem prekären Beschäftigungsverhältnis das Grundrecht der freien Meinungsäusserung beeinträchtigt. Wenn selbst Landtagskandidaten bei solchen Äusserungen fristlos gekündigt wird, um wie viel schwieriger wird die freie Meinungsäusserung für Mio anderer „prekär Beschäftigter“ ?

Dr. R. Geffken